

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weichen, sowie des Gemeinderates Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1859
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 257.

Freitag, 3. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7, 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Frangiergeld. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 17.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 5.— Mark. Gesteht Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Echlittige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa.
Redaktionsstelle: Stroßstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Böhmel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Aufnahme der Getreide- und Mehlbestände in den Mühlen, Bäckereien und Mehlhandlungen betr.

Durch die nach der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 2. November ds. J. mit Wirkung ab 6. ds. Mts. eintretende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise ergibt sich die Notwendigkeit, eine Nachbefragung des Unterchieds zwischen dem alten und neuen Preise für die Mengen an Getreide, Mehl, sowie Roggen- und Weizenbrot vorzunehmen, die sich am 5. November nach Geschäftsschluss in den Mühlen, Bäckereien und Mehlhandlungen befinden.

Alle Bäckereien einschli. der Mühlenbäckereien und Mehlhandlungen erhalten deshalb hiermit Aufforderung, über die am 5. November 1922 nach Geschäftsschluss vorhandenen Bestände an

- | | |
|-----------------------|-----------------------|
| 1. Roggen, | 2. Weizen, |
| 3. Gerste, | 4. Roggenmehl 85% ig, |
| 5. Weizenmehl 85% ig, | 6. Weizenmehl 75% ig, |
| 7. Roggenbrot, | 8. Weizenbrot |

spätestens bis zum 9. November 1922 unter Benützung der ihnen noch besonders zugehenden Vordrucke Anzeige an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes, Hindenburgstraße 34, zu erstatten.

Etwas für Rechnung Dritter eingelagerte Bestände sind nicht vom Lagerhalter, sondern vom Eigentümer anzugeben. Nicht mit anzugeben sind die in Mühlen eingelagerten Bestände der Reichsbrotbestelle.

Die Anzeigepflichtigen werden mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß die vorhandenen Bestände auf genaueste anzugeben sind. Lediglich schätzungsweise Angabe der Bestände ist unzulässig.

Um eine wirksame Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände vornehmen zu können, erhalten alle Mühlen, Bäckereien und Mehlhandlungen die Anweisung, alle bis zum 5. November 1922 nach Geschäftsschluss belieferten Brotmarken sofort zu zählen, in vorgeschriebener Weise zu bündeln und zu schütten und hierauf sofort und spätestens bis zum 9. November 1922 an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzusenden.

Der Kommunalverband wird hierauf für jeden einzelnen Betrieb eine Nachprüfung dahingehend vornehmen, ob der unter Berücksichtigung der seit 15. August ds. J. zugewiesenen erhaltenen Mengen und der abverkauften Marken sich erredende Sollbestand mit dem angegebenen Istbestand übereinstimmt. Der Kommunalverband behält sich auch die abschließende Vornahme von Nachprüfungen in den Betrieben vor.

Bei festgestellten Fehlern und nachgewiesener unrichtiger Angabe der Bestände wird der Kommunalverband unmissverständlich mit Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft und nach Befinden mit Erzapfehlung ev. entschuldigungsloser Verfallklärung der in Frage kommenden Mengen und schließlich auch mit Schließung des Betriebs gegen die Betriebsinhaber vorgehen.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden auf

Grund von Abschnitt 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 bestraft.

Großenhain, am 2. November 1922.
1114 I.

Der Kommunalverband.

Brotp- und Mehlversorgung betr.

Die Reichsbrotbestelle hat mit Genehmigung der Reichsregierung die von den Kommunalverbänden an sie zu entrichtenden Getreidepreise für Roggen von 10800 auf 30000 M., für Weizen von 11300 auf 32000 M. für die Tonne erhöht.

Diese Erhöhung hat auch eine entsprechende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zur Folge.

Es sind deshalb unter Berücksichtigung dieser Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, sowie weiter der eintretenden Erhöhung der Arbeitslöhne und der sonstigen Betriebskosten in den Mühlen und Bäckereien für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschließlich der revidierten Städte Großenhain und Riesa folgende Höchstpreise neu festgesetzt worden:

- | | |
|-------------------------|--|
| a) im Großhandel | 1. für Weizenmehl 4580 M. für 1 dt brutto im Leiblad |
| für Weizenmehl 4330 ") | frei Haus |
| b) im Kleinhandel | |

- | | |
|--------------------------------|--|
| für Weizenmehl 60 M. für 1 kg, | |
| „ Roggenmehl 55 " " 1 kg. | |

- | | |
|-----------------------------------|--------------------------------------|
| 1. für Roggenbrot 49 M. für 1 kg, | 2. für Weizenbrot 65.60 M. für 1 kg, |
| 93 " 1900 gr, | 27.50 " 420 gr. |

Diese Preise treten vom 6. November 1922 ab in Wirksamkeit. Sie dürfen nur von diesem Tage ab gefordert werden.

Im übrigen wird in Abänderung von Ziffer 18 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 noch folgendes bestimmt:

100 kg Roggenmehl brutto müssen eine Ausbeute von 135 kg Roggenbrot und 100 kg Weizenmehl brutto eine Ausbeute von 132 kg Weizenbrot ergeben.

Es dürfen sonach zu 1 kg Roggenbrot höchstens 740 gr und zu 1 kg Weizenbrot höchstens 757 gr Mehl verwendet werden.

Erneut wird schließlich darauf hingewiesen, daß eine Verwendung von Streckmehl, mittels der Verfeinerung von Roggen- und Weizenmehl, das der Verbrauchsregelung unterliegt, ausdrücklich untersagt ist — zu vergleichen Punkt 19 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 —. Etwas festgestellte Uebertretungen dieser Vorschriften werden, abgesehen von ev. Schließung des Betriebs, unmissverständlich an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung abgegeben werden.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden auf Grund von Abschnitt VIII der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 bestraft.
Großenhain, am 2. November 1922.
1113 I.

Der Kommunalverband.

Derthliches und Sächsisches.

Riesa, den 3. November 1922.

— Kartoffelpreis. Die Kartoffelverwertungskommission hat am 30. Oktober einen Erzeugerpreis von 500 bis 550 M. für weiße, rote und gelbbraune Sorten (wie am 23. Oktober) notiert.

— Kirchliches. Nächsten Sonntag nachm. 6 Uhr findet in der Trinitatiskirche eine Feier zur Vorbereitung der Sammlung der „Missionsnotdille“ statt, in der Pf. Müller von der Inneren Mission in Dresden eine Ansprache halten und ein Dresdner Volantinquintett musikalische Darbietungen geben wird. Wir machen unter Hinweis auf die Kirchennachrichten besonders darauf aufmerksam.

— Diebstahl. Am 2. November d. J. sind von einem Fremden in der Nähe von Vornitz etwa 10 Zentner Ballenstroh gestohlen worden. In demselben Abend in der Zeit von 7—8 Uhr sind zwei größere Handwagen beobachtet worden, die in der Richtung nach Gröba zu gefahren sind. Die beiden Wagen sind hoch mit Stroh beladen gewesen und es ist anzunehmen, daß es sich um das Diebesgut handelt. Bei einem der Wagen hat sich ein Hund befinden. Sachdienliche Mitteilungen, die als vertraulich angesehen werden, erbittet der Kriminalpolizei im Rathaus Riesa.

— Die Deutschnationale Volkspartei hielt gestern abend im Wettiner Hof eine Wählerversammlung, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Sie war eine der interessantesten dieser Wählkämpfe, wenn nicht überhaupt die interessanteste und bewegteste. Das geht schon daraus hervor, daß sie erst nach halb 1 Uhr ihr Ende erreichte. Die Anhänger der Natspartei waren in größerer Anzahl erschienen und brachten sich während des ganzen Abends hart zur Geltung. Das geschah während der Ausführungen des Referenten durch sorgfältige Zwischenrufe, so daß er seine Rede zum Teil nur in Zwischenreden halten konnte. In der Debatte sprach ein sozialdemokratischer Redner eine volle Stunde. Er konnte in der Hauptsache keine Ausführungen machen, ohne durch Zwischenrufe gestört zu werden; erst als er gar kein Ende finden wollte, wurden die Zwischenrufe und schließlich die Rufe „Schluß!“ zahlreicher. Zwei weiteren Debatterern folgte noch das Schlusswort, so daß es kein Wunder war, daß die Versammlung bis über Mitternacht hinaus sich ausdehnte. Für Herrn Thomas, der verhindert war, sprach Herr Dr. Kramer aus Naugard. Er wies auf das große Interesse hin, das außerhalb der weis-grünen Grenzpfähle an dem sächsischen Wahlkampf besteht. Heute komme der Kampf der Weltanschauungen zum Ausdruck: Der internationalen und der nationalen Weltanschauung. Die internationale Weltanschauung sei ins Volk von außen her hineingetragen worden. Mit dem Aufkommen der marxistischen Weltanschauung, die sich auf rein wirtschaftlichen Dingen aufbaue, sei die nationale Einheit gefallen, das Gefühl für das Vaterland habe sich immer mehr verloren, wie man auch den Glauben als Nebenache beiseite geschoben habe. Der Marxismus habe angefangen, die Klassen gegeneinander aufzuheben. Als der Weltkrieg gekommen sei, da habe es noch einmal gestiegen, als ob der marxistische Weltanschauung sei. Aber schließlich habe der alte Geist der Vätertracht doch wieder triumphiert und es sei gekommen, wie es unter solchen Umständen habe kommen müssen, der Krieg sei verloren worden und die Volkswunden, die weite Kreise an den

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 6859 Mark.

Frieden geknüpft hätten, hätten sich nicht erfüllt. Dank der Erfüllungspolitik sei die Mark von Stufe zu Stufe gesunken und wir seien in die von den Deutschnationalen schon immer vorausgesetzte Katastrophe hineingekommen. Die sozialdemokratische durchgeführte Schule habe gezeigt, daß hier eine ungeheure große Gefahr für das deutsche Volk herangewachsen sei. Eine Generation, die nichts mehr von unserer großen Vergangenheit, vom Christentum und von der Autorität wisse, werde nicht imstande sein, Rückgrat und Weiser einer Nation zu bilden. Ein Volk ohne Religion sei dem Untergang geweiht, sei ein schwankendes Rohr in der Geschichte. Die Deutschnationalen aber hätten die Gewißheit, daß das deutsche Volk wieder aufstehen werde im christlichen Geiste, im Geiste des Deutschtums. Die Sozialisten erklärten, das Privatkapital sei an allem Schuld. Aber nur der deutsche Unternehmerrgeist habe die deutsche Wirtschaft zu der Höhe bringen können, in der sie sich vor dem Kriege befunden habe. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Theorie der Sozialisierung der Untergrund des deutschen Volkes sei und die Deutschnationalen lehnten es ab, mit der Erlösung des deutschen Volkes spielen zu lassen. Immer werde darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft viel zu viel verbiete und darauf sei es auch zurückzuführen, daß die Getreideumlage aufrecht erhalten worden sei. Und doch sei es notwendig, daß jegliche Produktion frei von Zwang bleibe. Eine Verlängerung der Arbeitszeit mache uns konkurrenzfähiger und schaffe mehr Arbeitsgelegenheiten. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten würden es noch mit sich bringen, daß Anträge auf Verlängerung der Arbeitszeit aus den Reihen der Arbeiterklasse selbst kommen würden. Es gebe keinen größeren volkswirtschaftlichen Nutzen, als die Arbeitsbereitschaft gleich zu werten mit der Arbeitszeit. Die gleiche scharfe Kritik verdiente die Vorkriegspolitik der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie verließ sich auch der Notwendigkeit, daß die Beamtenchaft das letzte Rückgrat eines geordneten Staatswesens bilden müsse. Der heutige Staat stehe noch auf den Säulen des alten Regimes. Die Sozialdemokraten suchten den Beamtenkörper zu untergraben, indem sie ihn mit ihren Reuten durchstießen und viele Privatbeamte in den Beamtenstand hineinzubringen suchten. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zeige, daß man auch das Rechtsempfinden im deutschen Volk zu untergraben trachte. Er fülle seine Urteile nach den Richtlinien, die der sozialdemokratische Justizminister Dr. Modrow vorschreibe. Der Rathenauord sei ein besonderes Kapitel für sich, um ein Urteil zu bilden über sozialdemokratische Restierungsweise. Das Zentrum habe sich bemüht, den sozialdemokratischen Kurs mit steigenden Raten mitzumachen. Auch die Demokratie liege reiflos auf Seiten der Sozialdemokratie und sei wie diese an der Gefährdung beteiligt. Die Deutsche Volkspartei sei von ehrlichem Mollen befeuert, die Politik zu machen, die auch die Deutschnationalen machten, aber sie glaube noch immer mit der Sozialdemokratie gehen und einen gänztlichen Einfluss auf sie ausüben zu können. Die Deutsche Volkspartei habe für das Schutzeschicksal und auf ihren Antrag hin sei auch die Reichspräsidentenwahl wieder hinausgeschoben worden. In Preußen habe sie die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung verhindert. Die Deutschnationale Volkspartei erkenne die monarchische

Staatsform als die einzige an, unter der Deutschland Aussicht habe, wieder groß zu werden. In einem parlamentarischen Staatswesen werde immer nach Parteirücksichten regiert. Eine Parteiregierung aber habe große Nachteile für das Volkswesen und begünstige den Kapitalismus. Die Monarchie sei ein bewährtes Gegengewicht des aufstrebenden internationalen Kapitalismus gewesen. Heute mache das Börsenkapital immense Gewinne. Die Monarchie diene ferner die Gewähr, daß wir zu dem großen Ziele der Einheit des Volkes kämen. Die Deutschnationalen wollten aber die Frage der Monarchie nicht überhürten und solange das Volk in seiner übergroßen Mehrheit nicht reif sei für die Monarchie, solange werde die Deutschnationale Volkspartei die Lösung dieser Frage nicht betreiben. Die deutsch-völkische Frage wolle, daß die Bande des Blutes im deutschen Volke wieder sprechen sollen. In die deutsche Volksgemeinschaft gehöre das deutsche Volk, und dieses habe sich selbst zu regieren. In Führerrollen hätten Fremdlinge nichts zu suchen. Den Untergang hätten uns die Gedankengänge des jüdischen Volkes gebracht. Der Redner schloß mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Wahl für das ganze deutsche Reich und forderte die Besucher auf, die deutschnationale Liste zu wählen. Als erster Debatterer sprach ein Herr Lange. Die Klassengegensätze, so führte er aus, brauche keine Partei zu führen, dafür Sorge das Schlimmerwerden auf der einen und das Gend auf der anderen Seite. Mit dem Friedensvertrag sei niemand einverstanden, aber man vergesse heute, unter welchen Verhältnissen er zustande gekommen sei. Es habe damals gegolten, die Kriegsgefangenen freizulassen und die Hungerblockade zu brechen. Die sächsische Regierung habe die Interessen der werftätigen Bevölkerung vertreten und weil sie die Profitwirtschaft nicht zu lassen habe, wie die bürgerlichen Parteien es gewünscht hätten, sei sie vom ersten Tage an verhaßt gewesen. Sie habe sich um die Deutung der Silderei-Industrie im Vogtland, um den Ausbau des gewerblichen Schulwesens und die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion bemüht. Mit der sächsischen Kommunalisierung sei kein Schritt getan worden. Auch im Wohnungswesen habe die sächsische Regierung das möglichste geleistet. Es sei ferner alles verriacht worden, um die Heranschaffung der Lebensmittel mit billigen Preisen zu erzielen. Das Schulbedarfsgeheim sei vorbildlich für das ganze Reich. Der Redner machte ferner u. a. noch Ausführungen zur Religionsfrage, zum Rathenauord, zur Beamtenfrage und zur monarchischen Frage. Ein weiterer Debatterer, der sich ebenfalls in sozialistischem Sinne äußerte, nahm Stellung zur Verfassungsfrage und hob hervor, daß die sächsische Regierung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege geleistet habe. Schließlich sprach noch Herr Privatrat Fischer. In seinem Schlusswort wies Herr Dr. Kramer u. a. darauf hin, daß die Goldwunde, über die der letzte Debatterer sich so beschwert hatte, auf das Gebot der Entente erhoben werden müssen. Die Deutschnationale Volkspartei habe einen Antrag auf durchgreifende Hilfe für den Mittelstand eingebracht. Durch Sonderbesteuerung der bemittelten Klassen sollten die Mittel aufgebracht werden, um die Lebensmittel zu verbilligen. Pflicht eines jeden deutschnationalen Landwirts sei es, daß er von seinen Produkten soviel als ihm möglich sei abgebe. Aus den vermögenden Kreisen seien bereits Niederbeiträge herausgeholt worden. Ein Fehler sei es, daß die Steuern veripäet eingezogen werden, aber das liege an dem Erbbergerischen Steuersystem. Der Redner befahte sich dann